

II-1406 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 697/J

1976 -10- 07

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten STEINBAUER, Dr. KOREN, Dr. BUSEK, Dr. LEITNER
und Genossen

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend Junktimierung der Presseförderung mit dem Wohl-
verhalten der Presse gegenüber der Bundesregierung

Bezüglich der Ausgewogenheit des Verhältnisses von Macht-
ausübung einerseits und Kontrolle dieser Machtausübung
andererseits, herrschen merkwürdige Widersprüche zwischen
politischen Grundsätzen und dem tatsächlichen Verhalten
der sozialistischen Regierungspartei. In der Regierungs-
erklärung vom 5. November 1971 erklärte Dr. Kreisky: "...daß
es mir als eine der wichtigsten Aufgaben der modernen Politik
erscheint, in der Demokratie alle jene Kräfte zu stärken,
die der Kontrolle und Überwachung jeglicher Machtausübung
dienen. Dazu gehört aber auch die Bereitschaft der Regierung,
sich die Kontrolle durch die Parteien im demokratischen Staat
nicht nur gefallen zu lassen, sondern sich ihr auch bereit-
willig zu unterwerfen."

In Wirklichkeit zeigen aber vor allem Bundeskanzler Dr. Kreisky
und Finanzminister Dr. Androsch Unduldsamkeit gegenüber jeg-
licher Kritik, egal ob sie von der Opposition oder von den
Medien vorgetragen wird.

Dazu ein paar Beispiele:

- o Als der "Kurier" über die schweren Vorwürfe, die der Rechnungshof im Bundesrechnungsabschluß 1974 betreffend die 2 Milliarden-Transaktion vom November 1974 äußerte, berichtet, spricht Finanzminister Dr. Androsch von "gezielten, das Ansehen Österreichs schädigenden Gerüchtemachereien und Verleumdungsversuchen der ÖVP sowie von Anschuldigungen von Helfern der ÖVP" (Sozialistische Korrespondenz, 10.9.1975). Der Finanzminister bringt zudem gegen den "Kurier" auch eine Klage ein.
- o Im Zusammenhang mit Jugenddemonstrationen gegen die Wehrgesetznovelle bezeichnet Dr. Kreisky den Rundfunk als "ein bekanntes Mittel der Manipulation" (3.4.1976, ORF-Interview).
- o Auf der Wiener Konferenz der SPÖ, die zur Befriedung des Reichsbrückendebakels abgehalten wurde, verliert Präsident Benya die Beherrschung und läßt Anschuldigungen gegenüber Journalisten los: "... sie werden uns peitschen, weil sie uns hassen... die Diffamierer sollen sich nicht täuschen lassen...". (Kurier, 13.8.1976).
- o Beim gleichen Anlaß erklärt Bürgermeister Gratz: "Ich bin es schon fast leid, besonders seit den letzten 10 Tagen, das Wort ÖVP überhaupt in den Mund zu nehmen" (Morgenjournal, 12.8.1976).
- o Vor wenigen Tagen war es wieder einmal so weit:
Nachdem Bundeskanzler Dr. Kreisky bei der "Sparklausur" auf der Schallaburg selbst das Thema der Repräsentations-

- 3 -

spesen ins Spiel gebracht hatte - "weilers wird die Regierung gewisse Einsparungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Repräsentation treffen" -, (Sozialistische Korrespondenz, 6.9.1976) zeigt er neuerlich Unduldsamkeit gegenüber jeglicher Kritik als die Presse skandalöse Einzelheiten über die Repräsentationsausgaben der Bundesregierung veröffentlichte. Hatte der Bundeskanzler auf der Schallaburg zum Thema Sparsamkeit noch erklärt: "Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht von der Größe des Einzusparenden ausgehen kann. Auch im kleinen muß der Geist der Sparsamkeit wachsen," (Die Presse, 7.9.1976) so handelt es sich wenige Tage später bei "dem Aufwand, von dem momentan so viel die Rede ist, um den lächerlichen Betrag von 0,013 % des Budgets" (ORF-Interview, 28.9.1976).

Auf den Hinweis, daß es sich bei den Repräsentationsausgaben um Steuergelder handle, reagierte der Bundeskanzler gereizt: "Denn dann wird man auch die Steuerzahler fragen müssen, ob sie Millionen für die Zeitungen zahlen wollen. Das wollen sie nämlich nicht." (Kleine Zeitung, 25.9.1976).

Wer bei dieser Entgleisung an eine einmalige Fehlleistung des Bundeskanzlers glaubt, wurde 4 Tage später eines Besseren belehrt: Nachdem er vorher noch einen ORF-Journalisten rügte, daß "es nicht die Aufgabe des Rundfunks sei, eine politische Polemik durchzuführen" erklärte Dr. Kreisky in diesem TV-Interview neuerlich: "... dann frage ich mich, ob es dem Steuerzahler von vornherein so angenehm ist, daß Millionen an Förderungen für Zeitungen ausgegeben werden" (ORF, 28.9.1976).

Zur Abrundung dieses Themas ließ Dr. Kreisky über seinen Parteipressedienst noch verlauten, daß "mit dieser Kampagne

Superdemagogen Hilfestellung geleistet werde" und er sich nicht "von ein paar Leuten terrorisieren lasse", womit er würdig an die Ausfälle gegenüber den Medien und der ÖVP auf der jüngsten Wiener Konferenz der SPÖ anschloß (Sozialistische Korrespondenz, 28.9.1976).

- o Auch dem Finanzminister Dr. Androsch, der noch in Alpbach von der "lebenswichtigen Bedeutung der Information" gesprochen und ein "öffentliches Marketing - die aktuelle Berichterstattung über Maßnahmen und Ziele des Staates braucht die Ergänzung durch umfassende Informationen" verlangt hatte, mißfiel die Berichterstattung der Presse über die Repräsentationsausgaben: In einer TV - Diskussion mit Journalisten warf Dr. Androsch diesen vor: "...sie haben geschrieben ohne Rückfrage zu halten, sie haben sich nicht informiert als sie geschrieben haben und verurteilt haben." (27.9.1976)

Aus den hier angeführten Gründen - Angriffe auf Medien, die in Erfüllung ihrer Informationspflicht auch über Dinge, die der Bundesregierung nicht angenehm sind, berichten - richteten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e . . :

- 1) Ist seitens der Bundesregierung daran gedacht, die erst im Sommer des Vorjahres bundesgesetzlich eingeführte Presseförderung zukünftig vom Wohlverhalten der Zeitungen abhängig zu machen?
- 2) Waren die von Finanzminister Dr. Androsch in Alpbach ge-

- 5 -

machten Äußerungen bezüglich die Einführung eines "öffentlichen Marketings" mit Ihnen abgesprochen?

- 3) *Wenn ja, was werden Sie unternehmen um ein solches "öffentliches Marketing" einzurichten?*

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.